

Kurzbericht

Ausschuss für Haushalt und Finanzen

(112. - öffentliche - Sitzung am 26. November 2020)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2021**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/7357](#)

Der Ausschuss hörte die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens zum Änderungsvorschlag der Fraktionen der SPD und der CDU (Vorlage 8) an.

Der Ausschuss behandelte die Tagesordnungspunkte 2 und 3 gemeinsam.

2. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021 - HG 2021 -)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/7175](#) neu

b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2020 - 2024**

Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 18/7330](#)

Der Ausschuss behandelte die Änderungsvorschläge der Fraktionen der SPD und der CDU zum Haushaltsplanentwurf 2021 (politische und technische Liste) unter Einbeziehung der **Vorlage 342**, die er zur Kenntnis nahm. Er empfahl dem Landtag teils einstimmig, teils mehrheitlich, die Einzelpläne 12 und 17 ohne Änderungen und die übrigen Einzelpläne mit den Änderungen aus der Vorlage 6 und dem 1. Nachtrag dazu anzunehmen.

Der Ausschuss setzte die Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2021 fort. Er beriet die zum **Einzelplan 13** und zum **Einzelplan 15** noch unbeantwortet gebliebenen Informationsfragen und nahm die dazu ergangenen Antworten der Landesregierung in den **Vorlagen 341** und **343** zur Kenntnis.

Damit schloss er die Beratung des Gesetzentwurfs ab. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, den Gesetzentwurf mit einer Maßgabe und einer Änderung anzunehmen (Vorlage 8).

Zustimmung: SPD, CDU
Ablehnung: GRÜNE, FDP
Enthaltung: -

Als Berichterstatter wurde Vors. Abg. Wenzel (GRÜNE) benannt. Der Ausschuss beschloss, dass ein kurzer zusammenfassender mündlicher Gesamtbericht erstattet werden soll.

Der Ausschuss empfahl, die in die Beratung einbezogene Eingabe 2210/03/18 für erledigt zu erklären.

Der Ausschuss nahm die Mittelfristige Planung 2020 - 2024 zur Kenntnis.

3. Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2021

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/7357](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen (Vorlagen 2, 4, 8, 9 und 10).

Zustimmung: SPD, CDU
Ablehnung: GRÜNE, FDP
Enthaltung: -

Als Berichterstatter wurde Vors. Abg. Wenzel (GRÜNE) benannt. Der Ausschuss beschloss, dass ein kurzer zusammenfassender mündlicher Gesamtbericht und ein ergänzender schriftlicher Bericht erstattet werden sollen.

4. Vorlagen

Vorlage 337 (MK) - Haushaltsplan 2020 - Hochbaumaßnahme des Landes; Einzelplan 07 - Stiftung niedersächsische Gedenkstätten - Kap. 0785, Neugestaltung der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel, Teilprojekt III - Errichtung eines Dokumentationszentrums
 und

Vorlage 337- 1. Nachtrag (MK) - Neugestaltungsprojekt der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel (Phase III): 4. Nachtrag (Bau)

Der Ausschuss stimmte der Vorlage unter Berücksichtigung des 1. Nachtrags einstimmig zu.

5. Entwurf eines Gesetzes zum Ersten Medienänderungsstaatsvertrag

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/6914](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch und schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen an, den Gesetzentwurf anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE
Ablehnung: -
Enthaltung: FDP

6. a) Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels (Niedersächsisches Klimagesetz - Nds. KlimaG)

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/4499](#)

b) Jetzt auf alternative Kraftstoffe statt nur auf alternative Antriebe setzen - die klimaneutrale Mobilitätswende kann sofort beginnen statt in 10, 20 oder 30 Jahren!

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/4829](#)

dazu: **Eingabe 01331/03/18**

Der Ausschuss kam überein, die Mitberatung zu a) und die Beratung zu b) auf seine Sitzung am 2. Dezember 2020 zu vertagen, da der federführende Ausschuss seine Beratungen zu a) noch nicht abgeschlossen hat.

7. **Einhaltung der Corona-Verordnungen umsetzen - Kommunale Ordnungsbehörden und Gewerbeaufsicht personell unterstützen und verstärken**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/7823](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch und schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung an, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU
Ablehnung: GRÜNE, FDP
Enthaltung: -

8. **Niedersachsen in der Krise - Wie schafft das Land die Rückkehr zu gesellschaftlicher, ökonomischer, kultureller und bildungspolitischer Normalität?**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/6294](#)

Der Ausschuss schloss die Mitberatung ab und schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung an, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU
Ablehnung: FDP
Enthaltung: GRÜNE

9. **Niedersachsen vorbereiten - Gefahr einer zweiten Pandemiewelle ernst nehmen**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/6813](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch und schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU
Ablehnung: FDP
Enthaltung: GRÜNE